

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.11.2002

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 18:00 bis 19:55 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Dr. Heinrich Kleinschmidt

ANWESENDE:

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

Stimmberechtigte Mitglieder

CDU/FDP

Ratsherr Heino Ammersken
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Bürgermeister Erich Bolinius
Ratsherr Rolf Bolinius
Beigeordneter Helmut Bongartz
Ratsherr Herbert Buisker
Beigeordnete Hillgriet Eilers
Ratsherr Ihno Groeneveld
Ratsherr Kurt Hannappel
Ratsherr Reinhard Hegewald (bis 19.45 Uhr)
Ratsfrau Monika Hoffmann
Beigeordneter Heinz Werner Janßen
Ratsherr Holger Klaassen
Ratsherr Nils Köhler
Ratsherr Meinhard Meißner
Ratsherr Franz Melles
Ratsherr Hinrich Odinga
Beigeordneter Roland Riese (bis 18.40 Uhr)
Bürgermeisterin Andrea Risius (bis 19.45 Uhr)
Ratsherr Benedikt Rosenboom
Ratsherr Gerhard Schaudinn

SPD

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt - Vorsitzender -
Ratsherr Walter Davids
Ratsfrau Helga Grix
Beigeordneter Hans-Dieter Haase
Ratsherr Jürjen Heinks
Beigeordneter Horst Jahnke
Ratsherr Richard Janssen
Ratsherr Bernd Kalkkuhl
Ratsherr Rico Mecklenburg
Ratsfrau Elfriede Meyer
Beigeordnete Lina Meyer
Ratsfrau Marianne Pohlmann
Ratsherr Kai-Uwe Schulze
Beigeordneter Johann Südhoff
Ratsherr Richard Woldmer

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.11.2002

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken
Ratsherr Wulf-Dieter Stolz
Ratsherr Hermann Züchner

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Jan Röttgers
Stadtrat Martin Lutz
Städt. Direktor Heinz-Bernhard Schmidt
Stadtangestellte Ursula Pientka
Protokollführerin Karin Jetses

ca. 15 Zuhörerinnen und Zuhörer
Vertreter der örtlichen Presse

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Kleinschmidt eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und Herrn Dr. Clemens Tauber von der Firma Eon. Anschließend stellt er die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 39 Ratsmitglieder anwesend.

Er bedankt sich bei Frau Pientka, die nach 23 Jahren vorbildlicher Protokollführung im Rat und im Verwaltungsausschuss aus Altersgründen ausscheidet und überreicht ihr einen Blumenstrauß. Als zukünftige Protokollführerin stellt er Frau Jetses vor.

Herr Brinkmann gratuliert Herrn Dr. Kleinschmidt zu seinem 75. Geburtstag und überreicht ihm einen Strauß Blumen.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schaudinn möchte wissen, warum die Vorlage 14/342 unter Punkt 11 der Tagesordnung öffentlich behandelt werde. Die Vorlage sei bisher in nichtöffentlichen Ausschüssen behandelt worden und auch für die heutige Sitzung als nichtöffentlich ausgezeichnet worden.

Herr Brinkmann sagt, dass es sich bei der Vorlage 14/342 um einen öffentlichen Tagesordnungspunkt handle und dieser deshalb auch öffentlich zu behandeln sei.

Herr Schaudinn fragt nach, ob er dann davon ausgehen könne, dass zukünftig immer die Anpassung von Vergütungen in Aufsichtsräten in öffentlichen Sitzungen stattfinden werde.

Herr Brinkmann bejaht dies.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Genehmigung der Niederschrift

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.11.2002

Punkt : 5 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Anfragen gestellt.

Punkt : 6 Vorlage 14/10/6
Umbesetzung von Ratsausschüssen

Beschluss: Der Rat stellt folgende Ausschussumbesetzungen - ergänzungen fest:

1. Ausschuss für Stadtentwicklung:

Herr Gustavo Mejia Yepes anstelle von Herrn Wübbo Kruizinga

2. Schulausschuss: (Ergänzung)
(sonstige stimmberechtigte Mitglieder)

hier: Vertreter der Arbeitgeberverbände
Tischlermeister Horst Amstätter, Hammerstr.10, 26723 Emden

als Ersatzmitglied von Herrn Arthur Kalvelage

Ergebnis: einstimmig

Vorlage 14/10/7
Umbesetzung von Ratsausschüssen

Beschluss: Der Rat stellt folgende Ergänzung im Schulausschuss fest:

Sonstige stimmberechtigte Mitglieder:

Vertreter/innen der Elternschaft

2. Ersatzmitglied im Schulausschuss als Vertreter/in der Elternschaft ist:

Frau Doris Knoop, Pogumer Weg 2, 26725 Emden

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 7 Vorlage 14/379
Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das
Niedersächsische Obergerverwaltungsgericht in Lüneburg

Beschluss: In die Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und
Richter für das Obergerverwaltungsgericht in Lüneburg sind aufzunehmen:

1. Frau Lina Meyer (SPD)
2. Herr Heinz-Werner Janßen (CDU)

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.11.2002

Punkt : 8 Vorlage 14/390
Entlassung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Emden-Stadtmitte aus dem Ehrenbeamtenverhältnis

Beschluss: Der stellvertretende Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Emden-Stadtmitte, Herr Heinrich Boomgaarden, ist auf seinen Antrag gemäß § 195 in Verbindung mit § 38 Nds. Beamtengesetz mit dem Wirksamwerden der Ernennung zum Ortsbrandmeister aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als stellvertretender Ortsbrandmeister zu entlassen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 9 Vorlage 14/391
Ernennung des Feuerwehrmannes Heinrich Boomgaarden zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Emden-Stadtmitte

Beschluss: Der Feuerwehrmann Heinrich Boomgaarden ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Emden-Stadtmitte zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 10 Vorlage 14/392
Ernennung des Feuerwehrmannes Joachim Lauterbach zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Emden-Stadtmitte

Beschluss: Der Feuerwehrmann Joachim Lauterbach ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Emden-Stadtmitte zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 11 Vorlage 14/342
Anpassung der Aufsichtsratsvergütung Gewoba Emden, Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbh

(Frau E. Meyer, Frau Pohlmann, Frau Grix, Frau Hoffmann sowie die Herren Brinkmann, Lutz, Köhler, R. Bolinius und Riese nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der GEWOBA Emden werden beauftragt, der nachfolgend genannten Anpassung der Aufsichtsratsvergütung zuzustimmen:

Das Sitzungsgeld der Aufsichtsratsmitglieder und Gesellschaftervertreter wird ab dem Geschäftsjahr 2002 auf eine Pauschale von jährlich 100,00 EURO festgesetzt.

Ergebnis: einstimmig

Befangen 009

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.11.2002

Punkt : 12 Vorlage 14/343
Erhöhung des Stammkapitals der GEWOBA Emden, Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbh

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der GEWOBA Emden werden beauftragt, der Erhöhung des Stammkapitals der GEWOBA Emden in Höhe von 38.566,75 EURO auf 1.000.000,00 EURO zum nächstmöglichen Zeitpunkt zuzustimmen .

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 13 Vorlage 14/347
Feststellung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichtes 2001 und Beschluss über die Behandlung des Jahresverlustes 2001

Herr Bongartz möchte anmerken, dass ein Bilanzverlust in Höhe von ca. 50.000,00 Euro, den das Krankenhaus im letzten Jahr verzeichnete, der geringste sei aller kommunalen Krankenhäuser im Umkreis. Das Krankenhaus arbeite wirklich unter schweren Bedingungen sehr wirtschaftlich. Dies sei bemerkenswert in dieser Zeit.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt gemäß § 30 EigBetr.VO den Jahresabschluß und den Lagebericht des Hans-Susemihl-Krankenhauses Emden für das Haushaltsjahr 2001.

Der Bilanzverlust in Höhe von

DM 98.778,37 (50.504,58 EURO)

wird vorgetragen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 14 Vorlage 14/348
Entlastung der Werksleitung

Beschluss: Der Werksleitung wird für das Geschäftsjahr 2001 die Entlastung erteilt .

Ergebnis: einstimmig

Enthalt.: 003

Punkt : 16 Vorlage 14/360
Beteiligung der Stadtwerke Emden GmbH an der Biomasse-Heizkraftwerk Emden GmbH

Herr Brinkmann erklärt, dass an die Stadtwerke Emden der Wunsch herangetragen worden sei, sich an ein neu zu errichtendes Biomasse-Heizkraftwerk zu beteiligen. Man habe nach ausgiebigen Beratungsgesprächen im Aufsichtsrat einstimmig für eine 15 %ige Beteiligung der Stadtwerke Emden gestimmt. Nach Gesprächen in den Fraktionen habe er um Abgabe der jeweiligen Stellungnahmen gebeten. Sehr wichtig sei es ihm, auch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Emden über die weiteren Schritte zu informieren, um

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.11.2002

Unstimmigkeiten zu verhindern. Er sei sehr dankbar, wenn der Rat einer 15 %igen Beteiligung der Stadtwerke Emden an dem Biomasse-Heizkraftwerk GmbH zustimmen würde.

Herr Haase denkt, dies könne wieder ein gutes Zeichen für unsere Stadt sein. Er gehe davon aus, dass man zu einem einvernehmlichen Ergebnis kommen werde. Auch in seiner Fraktion sei ausführlich über dieses Thema diskutiert worden und seine Fraktionsmitglieder hätten von Herrn Edzards und Herrn Klug ausreichend Informationen über eine solche Anlage bekommen. Die offensive Informationspolitik könne nur von Vorteil gewesen sein.

Er sehe darin eine große Chance für die Stadtwerke, denn er glaube, dass die SWE in den letzten Jahren eine Vorreiterrolle in der Region gespielt habe, ob es nun der Bereich Windkraft- oder Solarenergie gewesen sei und er meine, man müsse alternativ zur Atomenergie dafür Sorge tragen, dass die Energiewirtschaft Chancen habe, Energie zu produzieren. Die Chance sei ja nicht nur, dass man in einen neuen Bereich der Energieproduktion einsteige, sondern auch, dass man einen Standort am Emder Nordhafen mit neuem Leben erfülle. Das bedeute nun nicht, dass man zu alten Arbeitnehmerzahlen zurückkäme. Obwohl die Errichtung eines neuen Biomasse-Heizkraftwerkes nur 15 neue Arbeitsplätze bringen würde, freue er sich darüber, denn jeder neue Arbeitsplatz bei uns in Emden sei wichtig. Auch gehe er von einer offensiven Informationsbereitschaft der Stadtwerke Emden gegenüber den Emder Bürgerinnen und Bürgern in der Vorbereitungs- bzw. Bauphase aus. Er glaube, dass die 15 %ige Beteiligung der Stadtwerke Emden an einem Biomasse-Heizkraftwerk eine gute Entscheidung sei. Die SPD-Fraktion werde diesem Antrag zustimmen.

Herr Bongartz erklärt, dass die einzelnen Fraktionen sich schon in den Medien zu dem Vorhaben geäußert hätten. Die CDU-Fraktion sehe in dem Bau des Biomasse-Heizkraftwerkes eine folgerichtige Entwicklung für die Region im Hinblick auf den Ausbau erneuerbarer Energien. Auch die Nutzung der Solarenergie werde seit vielen Jahren positiv angenommen. Seine Fraktion werde der 15 %igen Beteiligung der Stadtwerke GmbH an einem Biomasse-Heizkraftwerk ebenfalls zustimmen. Er sehe dies als eine gute Beteiligung in der richtigen Größenordnung für die Stadt Emden an und er habe keine Bedenken, da es sich um eine solide Maßnahme handele. Er appelliere auch an den Bio-Konzern, die Fachhochschule in Ostfriesland an dem Projekt zu beteiligen, denn gerade in diesem Bereich sei die Fachhochschule federführend.

Er sehe in der Informationspflicht der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Emden ebenfalls eine wichtige Aufgabe. In der Stadt Emden gebe es einen großen Anteil an Holz, der sehr kostenaufwendig entsorgt werden müsse. Das wäre in Zukunft nicht mehr notwendig, da mit einem Biomasse-Heizkraftwerk das Holz und alle andere Bioabfälle direkt vor Ort verbrannt werden könnten. Seine Fraktion begrüße die Errichtung eines neuen Biomasse-Heizkraftwerkes und stimme dem Vorhaben zu.

Herr Bolinius fügt hinzu, dass seine Fraktion die Ansiedlung eines Biomasse-Heizkraftwerkes in Emden ebenfalls unterstütze und darin wirtschaftliche Vorteile sehe. Bedenken hinsichtlich möglicher Risiken seien im Aufsichtsrat weitestgehend ausgeräumt worden. Ein Restrisiko würde auf jeden Fall bleiben, aber er sei der Meinung, dass man dieses eingehen könne. Er vertraue der Firma Eon, denn seines Wissens mache der Konzern in der Regel immer etwas mehr, als vom Gesetz vorgeschrieben sei. Auch er sehe die Öffentlichkeitsarbeit als sehr wichtig an. Ein wichtiger Punkt sei auch, dass auf den Verbraucher keine Mehrkosten zukämen. Seine Fraktion stimme dem Antrag zu und hoffe, dass mit dem Bau noch im Jahre 2004 begonnen werden könne.

Herr Renken steht der Errichtung des Biomasse-Heizkraftwerkes ebenfalls positiv gegenüber und freut sich, dass alle Fraktionen im Rat dem Vorhaben positiv

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.11.2002

entgegensähen. Dennoch seien Risiken nicht von der Hand zu weisen. Er unterziehe den Einsatz belasteter Althölzer einer kritischen Bewertung, komme aber zu dem Ergebnis, dass Grenzwerte eingehalten würden. Verbrennungsanlagen seien heute keine "Dioxin-Schleudern" mehr, die von Umweltschützern in der Vergangenheit kritisiert worden seien, erklärt Herr Renken. Selbst die Verbrennung von belastetem Holz der Klassen III und IV sei durch Abgasbegrenzer inzwischen vertretbar. Der Bau solcher Anlagen gehe nicht überall ohne Konflikte über die Bühne und er empfehle eine ausgiebige Information der Öffentlichkeit. Seine Fraktion sehe in dem Vorhaben grundsätzlich einen Beitrag zum Klimaschutz und zur Ressourcenschonung. Der Standort Emden sei ein sinnvoller Standort. Er geht davon aus, dass auch die Regionalwirtschaft davon profitieren werde und freut sich darüber, dass durch die Errichtung eines neuen Biomasse-Heizkraftwerkes 15 neue Arbeitsplätze geschaffen würden.

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Emden GmbH werden angewiesen, sich dem Beschluss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Emden GmbH vom 30.09.2002 anzuschließen und der Beteiligung der Stadtwerke GmbH an der Biomasse-Heizkraftwerk GmbH zuzustimmen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 16 Vorlage 14/416
Verkauf von städtischen IWAG-Anteilen

Herr Brinkmann berichtet, dass die Stadt Emden seit vielen Jahren mit einem geringen Anteil von 16 % an der IWAG beteiligt sei. Der Verwaltung liege jetzt ein schriftliches Angebot zur Übernahme aller städtischen Anteile an der IWAG durch die GEW Wilhelmshaven GmbH (Gas, Elektrizität und Wasser) vor. Die Vorlage sei bereits im Verwaltungsausschuss ausführlich beraten worden und man sei dort zu dem Ergebnis gekommen, sich dem Land Niedersachsen anzuschließen und die IWAG-Anteile ebenfalls an die GEW zu verkaufen. Eine Beteiligung sei nicht mehr notwendig, erklärt Herr Brinkmann. Er schlägt vor, die Anteile in Höhe von 120.000 Euro an die GEW zu veräußern. Ob das Geld schon in 2003 haushaltsrelevant ist, sei in Frage gestellt.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden stimmt der Übernahme der städtischen Anteile an der IWAG durch die GEW Wilhelmshaven (Gas, Elektrizität und Wasser) GmbH auf der Basis des vorliegenden Angebotes zu. Sollte ein Mitgeschafter ein höheres Angebot abgeben, so ist dieses anzunehmen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 17 Vorlage 14/414
Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i.V.m. § 89 NGO

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 2002 folgenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts zu:

1. Verwaltungshaushalt - überplanmäßig -

- | | |
|---|----------------|
| a) 2900-6390 Für gesetzliche Schülerbeförderung | 95.834,72 EURO |
| b) 6700-6200 Kosten der Beleuchtung | 60.000,00 EURO |

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.11.2002

2. Vermögenshaushalt - außerplanmäßig -

- | | |
|---|-----------------|
| a) 1300-9541 Neubau Ortsfeuerwehr
Widdelswehr-Petkum | 37.570,00 EURO |
| b) 7920-9655 Ausbau ÖPNV-Wartehallen | 248.000,00 EURO |

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 18 Vorlage 14/415
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2003

Ergebnis: Kenntnis genommen

Punkt : 19 Vorlage 14/357
Umlegung Bebauungsplan D 140 - Nördlich der Uphuser Straße - Emden-Uphusen

Herr Dr. Kleinschmidt weist darauf hin, dass der obige Beschlussentwurf fünf verschiedene Punkte enthalte und Punkt 2 die Wahlen des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden sowie der Fachmitglieder gem. § 48 (1) NGO und die Benennung der Ratsmitglieder gem. § 51 (2) NGO des Umlegungsausschusses betreffe. Gem. § 48 (1) NGO kann die Wahl der Mitglieder des Umlegungsausschusses einzeln auf Zuruf erfolgen.

Es wird einzeln gem. § 48 (1) NGO gewählt. Da niemand widerspricht, wird durch Zuruf gewählt.

- Abweichender Beschluss:
1. Zur Verwirklichung des Bebauungsplanes Nr. D140 - Nördlich der Uphuser Straße - Emden-Uphusen - und der erforderlichen Kompensationsflächen außerhalb des Beschlussentwurf des Bebauungsplanes Nr. D140 (Gemarkung Twixlum, Flur 12, Flurstück 3/1, Flur 11, Flurstücke 43/1 und 45, Gemarkung Larrelt, Flur 19, Flurstück 27/2) wird ein Umlegungsverfahren gemäß §§ 45 ff. des Baugesetzbuches angeordnet.
 2. Zu den Mitgliedern des Umlegungsausschusses werden durch Einzelwahl gewählt als:
 - I. a) Vorsitzender (Jurist): Richter Otto Hufken, Direktor des Amtsgerichts Emden

b) stellvertretender Vorsitzender (Jurist): Richter Hans-Otto Bartels, Präsident des Landgerichts Aurich
 - II. a) Fachmitglied (höherer vermessungstechnischer Dienst): Vermessungsrat Heiko Rödenbeek, Vermessungs- und Katasterbehörde Ostfriesland

b) Vertreter: Vermessungsobererrat Holger Siefert, Vermessungs- und Katasterbehörde Ostfriesland
 - III. a) Fachmitglied (höherer bautechnischer Dienst): Stadtbaurat Rogalla,

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.11.2002

Stadt Aurich

- b) Vertreter: Bauoberrat Klaus Wieting, Staatliches Baumanagement Emden
- IV. a) Fachmitglied (Sachverständiger für Grundstückswertermittlungen):
Leitender Vermessungsdirektor Herbert Troff, Vermessungs- und Katasterbehörde Ostfriesland
- b) Vertreter: Vermessungsoberratsrat Heinrich Specht,
Vermessungs- und Katasterbehörde Ostfriesland -
Katasteramt Emden

Gem. § 51 (2) NGO werden folgende Ratsmitglieder in den Umlegungsausschuss berufen:

- V. a) Ratsmitglied Bernd Kalkkuhl
 - b) Vertreter Elfriede Meyer
 - VI. a) Ratsmitglied Ihno Groeneveld
 - b) Vertreter Herbert Buisker
 - VII. a) Ratsmitglied Franz Melles
 - b) Vertreter Heino Ammersken
3. Der Umlegungsausschuss wird beauftragt, die Umlegung für den Geltungsbereich des vom Rat der Stadt Emden am 19.06.2002 als Satzung beschlossenen Bebauungsplanes D 140 - Nördlich der Uphuser Straße - Teil A (Flurstücke 57, 58, 59, 31/10 teilweise, 29/4, 29/3 teilweise 87/20 teilweise, Flur 10, Gemarkung Uphusen) durch Beschluss nach § 47 BauGB einzuleiten und das Umlegungsverfahren durchzuführen.
 4. Die Vermessungs- und Katasterbehörde Ostfriesland wird mit der Funktion der Geschäftsstelle des Umlegungsausschusses beauftragt.
 5. Die als Anlage 2 beigefügte Satzung wird Grundlage für die Zahlung von Aufwandsentschädigungen an die Mitglieder des Umlegungsausschusses.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 20

Vorlage 14/383

1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Emden (Abfallsatzung).

Herr Bongartz betont, bezüglich der Sperrmülldiskussionen habe die CDU-Fraktion von Anfang an das Verursacherprinzip vertreten. D. h., derjenige, der den Müll verursache, solle auch die Kosten dafür tragen. Die CDU-Fraktion wolle deshalb nicht die Kosten für eine einmalige Sperrgutabfuhr im Jahr auf alle Haushalte umlegen. Zur Pauschalerhöhung in Höhe von 9 Euro teilt Herr Bongartz mit, dass es nach Auskunft des BEE ca. 2000 Sperrmüllabholungen pro Jahr gäbe. D. h., dass nur 20 % der gesamten Bevölkerung Emdens Sperrmüll abführen. Dies sei ein sehr geringer Teil der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Emden, die überhaupt die Sperrgutabholung in Anspruch nehmen

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.11.2002

würden. Er meint, das eine Gebührenanhebung hier nicht der richtige Weg sei und er sei davon überzeugt, dass man ein Konzept entwickeln könne, mit dem man das Problem besser in den Griff bekäme. Es müsse Möglichkeiten geben, die Kosten in diesem Bereich zu begrenzen. Die CDU habe eine verstärkte Wiederverwertung im Sinn. Er gehe davon aus, das spätestens in einem Jahr das Biomasse-Heizkraftwerk zur Verfügung stehe und da das meiste Sperrgutmaterial aus Holz bestehe, sei dies als gute Entlastung in diesem Bereich anzusehen. Die CDU werde der Pauschalerhöhung für die Sperrmüllabfuhr in Höhe von 9 Euro jährlich nicht zustimmen.

Herr Bongartz weist weiter darauf hin, dass seine Fraktion einer Begrenzung der Sperrmüllmenge auf 4 m³ pro Abholung dennoch begrüßen würde. Hiermit würde verhindert, das mehrere Haushalte einen Abfuhrtermin nutzen würden und sich dadurch riesige Mengen Sperrmüll ansammeln würden.

Herr Bolinius erklärt, dass seine Fraktion bezüglich der Pauschalerhöhung um 9 Euro anderer Meinung sei. Die FDP habe bereits am 03.09.02 einen entsprechenden Antrag gestellt. Gleichzeitig mit dem Antrag sei der Vorschlag der Verwaltung gekommen, der in die gleiche Richtung ziele.

Seines Erachtens könne man hier nicht nach dem Verursacherprinzip verfahren. Außerdem sei es wichtig, dass der Gebührenhaushalt kostendeckend sei und man könne sich ein Defizit im Gebührenhaushalt nicht erlauben. Er ist davon überzeugt, dass spätestens im nächsten Jahr eine Gebührenerhöhung notwendig werde. Außerdem müsse man bedenken, dass eine Müllanfuhr mit dem PKW schon 15 Euro bei der Umladestation koste. Wenn man das mit 9 Euro mehr für das ganze Jahr vergleiche, wäre der Bürger bei der Pauschalerhöhung eindeutig im Vorteil. Außerdem solle man einmal darüber nachdenken, dass sehr viel Müll einfach in die Landschaft gestellt werde, weil den Leuten 38 Euro pro Sperrgutabfuhr zu viel Geld sei.

Seine Fraktion begrüße ebenfalls die Einführung der Volumenbegrenzung des Sperrmülls auf 4 m³ pro Abholung. Es könne nicht sein, dass sich mehrere Familien zusammentäten und riesige Mengen Sperrmüll an die Straßen stellten.

Herr Renken betont, auch seine Fraktion spreche sich für eine Kostendeckung im Gebührenhaushalt aus. Seiner Meinung nach könne die Einrichtung eines Recyclinghofes in Emden ein Weg sein, Kosten zu senken und einen Ausgleich im Haushalt zu erreichen. Vor einiger Zeit sei in Emden das Wiegesystem eingeführt worden, um mehr Gerechtigkeit zu erzielen und auch mit dem Ziel, möglichst wenig Müll zu produzieren. Er sei jedoch der Meinung, dass es eine Gebührengerechtigkeit beim Müll nicht gäbe. Es gehe vielmehr darum, eine kostengünstige Regelung zu finden, die sowohl kostendeckend als auch umweltfreundlich sei.

Herr Jahnke erklärt, dass in der Vergangenheit immer wieder umfassende Mülldiskussionen geführt worden seien, die in der letzten Ratsperiode schließlich mit Mehrheitsbeschluss dazu geführt hätten, dass das Wiegesystem eingeführt wurde, um eine möglichst verursachungsgerechte Gebührenberechnung zu gewährleisten. Man könne heute sagen, dass sich dieses System sowohl unter wirtschaftlichen als auch unter umweltpolitischen Gesichtspunkten bewährt habe. Man habe festgestellt, dass der Hausmüll effizienter sortiert werde, was dazu geführt habe, dass viele Bürgerinnen und Bürger inzwischen geringere Müllgebühren zahlen würden als bisher.

Bezüglich der Anhebung der Grundgebühr um 9 Euro und des Anbietens einer einmal jährlichen kostenlosen Sperrgutabfuhr möchte er darauf hinweisen, das man durch dieses Gebührenumlagern nicht nur das Verursacherprinzip verlassen würde, wie Herr Bongartz das s. E. auch richtig dargestellt habe, sondern dass diese Regelung auch nicht dazu führe, das bestehende Defizit tatsächlich zu beseitigen. Es würden mit den 9 Euro

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.11.2002

lediglich die Mehrkosten, die zukünftig anfallen würden, gedeckt werden. Außerdem befürchte er große Unzufriedenheit bei den Bürgern, die bei einer zweiten Sperrgutabfuhr 100 Euro zahlen müssten, weil das Volumen des Sperrgutes mehr als 4 m³ betrage.

Für seine Fraktion spiele der Aspekt eine Rolle, dass letztendlich auch die zahlen müssten, die die Sperrgutabholung gar nicht in Anspruch nähmen, denn so wie Herr Bongartz mitgeteilt habe, seien es lediglich 20 % der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Emden, die jährlich Sperrgut abholen ließen. Natürlich sei sich die SPD-Fraktion ihrer Verantwortung bewusst, dass der Müllgebührenhaushalt ausgeglichen werden müsse. Eine Gebührenerhöhung komme für seine Fraktion aber nur dann in Betracht, wenn wirklich alle Möglichkeiten ausgeschöpft seien und s. E. würde man auch nach einem Versuch sehen, dass man hier keinen Erfolg habe. Von der SPD-Fraktion habe man sich entschieden, einer Mengenbegrenzung auf 4 m³ zuzustimmen, weil die immens hohen Sperrmüllmengen zu diesem starken Defizit geführt hätten. Seine Fraktion schlage vor, dass man verstärkt auf eine Wiederverwertung des Sperrgutes setze. Er hoffe, dass auch im Bereich der AAGE noch Dinge optimiert werden können.

Herr Bongartz begrüßt die Überlegung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einrichtung eines Recyclinghofes.

Herr Brinkmann erklärt, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BEE seien seit Einführung des neuen Wiegesystems darum bemüht, Einsparungsmöglichkeiten umzusetzen. Er könne nicht verstehen, warum der Wunsch da sei, einen Recyclinghof einzurichten. Dem neu zu errichtenden Biomasse-Heizkraftwerk würden alle Holzsachen zugeführt werden, so dass er die Einrichtung eines Recyclinghofes als überflüssig ansehe. Er kündigt an, dem Rat Mitte des nächsten Jahres genaue Zahlen über Aufkommen und Kosten der Emdener Müllentsorgung vorzulegen. Dann könne der Rat entscheiden, wie es weitergehe.

Herr Groeneveld hat festgestellt, dass es sich bei dem Sperrmüll, der an die Straße gestellt werde, hauptsächlich um gelbe Säcke, Grünschnitt oder z. B. Katzenstreu handle. Er sagt, dass der LK Aurich ebenfalls über die Kosten der Sperrgutabfuhr nachdenke. Dort seien 30 Euro pro Abfuhr im Gespräch.

Herr Meißner erkundigt sich, wer die Volumenbegrenzung in Höhe von 4 m³ abschätze.

Herr Röttgers erklärt, die Mitarbeiter des BEE seien sehr gut in der Lage, 4 m³ abzuschätzen. Die neue Regelung werde aber "praktikabel" gehandhabt und nicht so streng. Es gehe hauptsächlich darum, die irrsinnigen Mengen, die zur Zeit abgeholt würden, in eine vernünftige Dosis zu bringen.

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage Nr. 14/383 als Anlage beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Emden (Abfallsatzung).

Ergebnis: einstimmig

Die Punkte 20 und 21 werden gemeinsam abgehandelt.

Punkt : 21 Vorlage 14/384/1
4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.11.2002

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage Nr. 14/384/1 als Anlage beigefügte 4. Satzung zur Änderung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Dafür: 012

Dagegen: 027

Enthalt.: 000

Punkt : 22 Vorlage 14/316
4. Satzung zur Änderung der Satzung vom 03.07.1997 über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr einschließlich der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Stadt Emden außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufg

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 14/316 als Anlage beigefügte 4. Satzung zur Änderung der Satzung vom 03.07.1997 über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr einschließlich der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Stadt Emden außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben .

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 23 Vorlage 14/259
Binnenhafenverordnung

Beschluss: Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte Binnenhafenverordnung

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 24 Vorlage 14/324
Verbesserung der Verkehrssituation für den Fahrradverkehr; Bestellung eines Fahrradbeauftragten

Herr Röttgers bedankt sich bei Herrn Sturm für dessen Bereitschaft, als Ehrenamtlicher die Aufgabe zu übernehmen.

Auch **Herr Stolz** freut sich, Herrn Sturm als zukünftigen Fahrradbeauftragten begrüßen zu dürfen und ist davon überzeugt, dass es für den Ehrenamtlichen eine Menge an Aufgaben zu bewältigen gebe. Symbolisch überreicht er Herrn Sturm einen Ampelgriff, der es Radfahrern erleichtern soll, an der Ampel zu halten.

Herr Dr. Kleinschmidt gratuliert Herrn Sturm ebenfalls.

Beschluss: Herr Horst Sturm, Vorsitzender des ADFC Kreisverband Emden, wird als Fahrradbeauftragter der Stadt Emden bestellt. Er begleitet federführend die Imagekampagne "FahrRad" und wird zu allen Sitzungen der Verkehrskommission und anderen verwaltungsinternen Arbeitsgruppen, die sich mit verkehrsrechtlichen und verkehrsplanerischen Inhalten (insbesondere VEP) beschäftigen, geladen.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.11.2002

Punkt : 25

Vorlage 14/313/1

Niedersächsisches Wattenmeer als Weltnaturerbe

- Antrag der SPD Fraktion vom 06.08.2002

Herr Haase bedauert die ablehnende Haltung des Rates. Er habe bis kurz vor der Sitzung noch Hoffnung gehabt, dass der Rat gemeinsam ein Signal setzen werde. Auch die drei Fraktionen im Niedersächsischen Landtag hätten sich auf einen gemeinsamen Entwurf geeinigt. Noch mehr Hoffnung habe er gehabt, nachdem er im Pressespiegel gelesen habe, dass auch der Landesvorsitzende der nicht im Niedersächsischen Landtag vertretenen FDP, Herr Walter Hirche, sich ebenfalls deutlich für dieses Weltnaturerbe ausgesprochen habe. Das Prädikat "Welterbe" sei ein international wirksames Markenzeichen und mit der Ablehnung vergebe die Stadt neue Chancen auch im Hinblick auf die touristische Entwicklung. Herr Haase sagt, dass mit der Anerkennung keine zusätzlichen Reglementierungen verbunden seien, die über die Bestimmungen des Nationalpark-Gesetzes hinausgingen. Es sei kein gutes Signal, was von Emden ausgehe, wenn demnächst auch die Nachbarstädte entsprechend beschließen würden.

Herr Groeneveld bemängelt, dass es zu wenig Zeit für die Diskussion gebe und es nur darum gehe, schnell zu entscheiden. Er erklärt, es sei in der Tat nicht abzustreiten, dass das Wattenmeer eine einzigartige Landschaft sei. Man müsse aber vor allen Dingen auch an die Interessen der Küstenbewohner denken, die fast ausschließlich vom Tourismus lebten. Die Ängste, Sorgen und Nöte sowie Interessen der Schifffahrt, des Wassersports und der Fischerei würden gar nicht wahrgenommen werden. Gerade die Insel Borkum sei hiervon betroffen.

Herr Stolz betont, dass schon im Jahre 1991 angestrebt wurde, das Wattenmeer vor der deutschen, dänischen und niederländischen Küste als Weltnaturerbe anzunehmen. Dies sei im Jahre 1997 noch bekräftigt worden. Diskussionen zu diesem Thema habe es seitdem also reichlich gegeben. Er betont, dass alle jetzt geltenden Regeln für das Wattenmeer ausreichen. Seiner Meinung nach richte sich die Anerkennung als Weltnaturerbe nicht gegen die Küstenbewohner. Seine Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme auf jeden Fall für diesen Antrag.

Herr Bolinius erklärt, seine Fraktion habe ihre Haltung zum Antrag der SPD bis zuletzt offen gehalten und u. a. vom Ausgang einer Podiumsdiskussion zum Thema in Esens abhängig gemacht. Er teilt mit, dass es erhebliche Bedenken in der Wilhelmshavener Wirtschaft und auf den Inseln gebe und auch der Naturschützer Manfred Krake habe sich kritisch geäußert. Seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Haase denkt, Herr Stolz habe zu Recht darauf hingewiesen, dass die Diskussion über die Anerkennung als Weltnaturerbe schon seit Jahren laufe und die interessierte Öffentlichkeit auch schon seit Jahren bewege. Er betont, es gehe lediglich um die Aufnahme in die UNESCO-Liste als Weltnaturerbe.

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.11.2002

Beschluss: Die Stadt Emden unterstützt die Bemühungen der Niedersächsischen Landesregierung und anderer Gebietskörperschaften, das Wattenmeer vor der deutschen, dänischen und niederländischen Küste als Weltnaturerbe anzunehmen.

Die Stadt Emden spricht sich dafür aus, dass die Bundesrepublik Deutschland ihren Anteil des Wattenmeers für die UNESCO-Liste anmeldet.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Dafür: 019

Dagegen: 020

Enthalt.: 000

Punkt 26 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Vorlage 14/380
Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2001 der Musikschule Emden E. V. durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emden

Ergebnis: Kenntnis genommen.

2. Vorlage 14/381
Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2001 des Rettungsdienstes DRK/Stadt Emden GbR

Ergebnis: Kenntnis genommen.

3. Vorlage 14/382
Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2001 der Volkshochschule Emden e. V. durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emden

Ergebnis: Kenntnis genommen.

4. Herr Brinkmann erklärt, dass die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Montag, den 18.11.02 ausfalle, da an dem Abend auch erst Haushaltsberatungen in den Fraktionen stattfinden. Er sehe die Sitzung des Jugendhilfeausschusses daher als überflüssig an.

Frau L. Meyer entgegnet, dass auf der Tagesordnung aber auch noch andere Punkte ständen.

Herr Brinkmann erwidert, wenn noch andere Punkte auf der Tagesordnung ständen, finde die Sitzung statt.

- - - - -

5. Herr Brinkmann möchte mit einer persönlichen Erklärung noch einmal auf die Vorkommnisse bezüglich der am 25.10.02 gefällten Eiche auf dem ehemaligen ZVK-Gelände zurückkommen. Er betont, dass es sich hierbei um einen ganz normalen Verwaltungsakt gehandelt habe, der ohne Formfehler und sauber abgearbeitet worden sei. Er hebt hervor, dass man in der VA-Sitzung am 21.10.02 zu dem Ergebnis

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.11.2002

gekommen sei, dass es keine Möglichkeit gebe, die Bäume zu erhalten. Er könne es daher nicht verstehen, dass Herr Stolz, Mitglied des Rates der Stadt Emden, den Objektanbieter der Heseler Aldi-Zentrale, Falko Escher, als einen "skrupellosen Verbrecher" betitelt habe, als die Eiche am 25.10.02 gefällt wurde. Er könne sich nicht daran erinnern, dass während seiner politischen Tätigkeit ein Kunde der Stadt Emden schon einmal in derartiger Weise von einem Ratsmitglied beschimpft worden sei. Auch wenn man engagiert sei, entspreche diese Äußerung nicht seiner Auffassung von Recht und Ordnung, fügte er hinzu. Es sei das Recht der Firma "Aldi" gewesen, die Bäume beseitigen zu lassen.

Herr Stolz, erwidert, er habe eingesehen, dass er mit dieser Äußerung einen schweren Fehler gemacht habe. Aber, wer ihn kenne, wüsste, dass er nicht so leicht zu solchen Formulierungen gelange. Aber Bäume seien nun mal ein wichtiger Klimaschutz. Er habe sich immer nur für den Bau des Aldis mit Erhalt der Bäume eingesetzt und er sei hiervon auch nicht abgewichen. Er sei immer darum bemüht gewesen, die Sache rechtlich sauber zu händeln und seiner Meinung nach sei Aldi auch bereit gewesen, die Bäume stehen zu lassen. Widersprüchliche Aussagen der Stadt und der Firma Aldi hätten ihn stark verunsichert und schließlich zu dieser Reaktion geführt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.55 Uhr.